

Stand: 22.01.2026 06:51:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4118

"Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen - Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4118 vom 27.11.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 28.11.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4841 des VF vom 23.01.2025
4. Beschluss des Plenums 19/5049 vom 19.02.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Rene Dierkes, Dieter Arnold und Fraktion (AfD)**

Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen – Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Meinungsfreiheit in Bayern stärker verteidigt wird und die Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung geschützt werden.

Begründung:

Die Meinungs-, und die Pressefreiheit stehen auch in Bayern massiv unter Druck. Die Strafverfolgungsbehörden greifen aktuell zu teils überzogenen Maßnahmen.

Ein Beispiel für die Verhängung von drakonischen Strafen im Bereich der Beleidigungsdelikte ist das Strafverfahren gegen den Herausgeber und Chefredakteur des Medienorgans „Deutschland-Kurier“ wegen einer „Gegen eine Person des politischen Lebens gerichteten Beleidigung“. Anlass für das Ermittlungsverfahren war ein „Meme“, das das Medienorgan veröffentlicht hatte. In dem Beitrag wurde indirekt Bezug genommen auf ein Foto, welches auf dem Twitter-Account (jetzt X) des Bundesministeriums des Innern und für Heimat veröffentlicht wurde. Dieses zeigte Bundesinnenministerin Nancy Faeser, wie sie ein ca. DIN-A3-großes Banner mit der Aufschrift „WE REMEMBER“ hält. In einer Bildmontage ersetzte das Medienorgan das Plakat durch die Worte „Ich hasse die Meinungsfreiheit!“. Aufgrund dieser Fotocollage unterzeichnete die Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 28. Mai 2024 einen Strafantrag gegen den Chefredakteur.

Das Amtsgericht Bamberg erließ daraufhin einen Strafbefehl in Höhe von 210 Tagessätzen, obwohl es sich bei der zur Last gelegten Beleidigung bezüglich des „Faeser-Memes“ eher um eine harmlose Persönlichkeitsverletzung handelt, die auch noch als straffreie satirische Äußerung gewertet werden könnte. Die Strafen für Beleidigungen bei gewöhnlichen Bürgern liegen sonst im Bereich von 30-40 Tagessätzen. Darüber hinaus müssen Politiker nach der Rechtsprechung des BGH in den Medien auch mehr aushalten als andere Prominente. Die Meinungsfreiheit wird hierbei vielfach nicht ausreichend gewürdigt.

Die Verfolgung von Journalisten oder Medienorgane wiegt umso schwerer, da zumeist Eingriffe in die verfassungsrechtlich geschützten Grundrechte der Meinungs-, Presse-, und Kunstdelikte, Art. 5 Grundgesetz (GG), einhergehen und den Medien in der Demokratie eine besonders wichtige Rolle zukommt.

Ein weiteres Beispiel ist der Fall des Rentners aus Unterfranken. Dieser hatte im Juni 2024 ebenfalls ein „Meme“ auf X retweetet. Darauf zu sehen: Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck mit dem an den Werbeauftritt von Schwarzkopf angelehnten Schriftzug „Schwarzkopf PROFESSIONAL“. Daraufhin wurde ein Ermitt-

lungsverfahren gegen den Rentner wegen des Verdachts einer Beleidigung gegen Personen des politischen Lebens § 188 Strafgesetzbuch (StGB) u. a. eingeleitet. Der Bundesminister Robert Habeck stellte im Verfahren Strafantrag.

Daraufhin wurde erst kürzlich beim Beschuldigten um 6 Uhr morgens eine Hausdurchsuchung durchgeführt und elektronische Geräte beschlagnahmt. Die Zahl Hausdurchsuchungen wegen Beleidigungsdelikte hat seit der Änderung des § 188 StGB mit der Einführung der „Politikerbeleidigung“ im Jahr 2021 deutlich zugenommen. Die Hausdurchsuchung im Ermittlungsverfahren ist bei Beleidigungsdelikten gegen Politiker mittlerweile die Regel und nicht mehr die Ausnahme, obwohl das Bundesverfassungsgericht regelmäßig feststellt, dass nicht wegen jeder beliebigen Straftat eine Hausdurchsuchung beim Beschuldigten durchgeführt werden darf. Die Hausdurchsuchung stellt einen schweren Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung dar und muss im Verhältnis zur Schwere der Tat stehen. Im oben genannten Fall geht es um eine Beleidigung, was eines der mildesten Delikte im deutschen Strafrecht darstellt und darüber hinaus auch noch als Grenzfall zur Satire anzusehen ist. Die Durchsuchung dürfte daher ebenfalls unverhältnismäßig gewesen sein. Hinzu kommt, dass der zu Grunde liegende Durchsuchungsbeschluss offenbar größtenteils nur aus Textbausteinen und formelhaften Begründungen besteht.

Es entsteht bei den Bürgern daher vielfach der Eindruck, dass die hohen Strafen und Durchsuchungen bei den Beschuldigten zur Einschüchterung oder Abschreckung genutzt werden und die Justiz zur Bekämpfung von politischen Gegnern oder missliebigen Medien missbraucht wird. Um das verloren gegangene Vertrauen in die Justiz und in den Staat im Allgemeinen wiederherzustellen, sollte die Staatsregierung hier unverzüglich gegensteuern.

Ich möchte die Geduld der Mitglieder dieses hochgeschätzten Hohen Haus nicht weiter strapazieren.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Allgemeiner Beifall – Heiterkeit)

Bayern hat eine Speicherstrategie. Wir geben 100 Millionen Euro für die Kernfusion aus. Wir haben ein Forschungsprogramm für Energien. Wir sind gut aufgestellt. Wir brauchen uns nicht maßregeln zu lassen von Rot, von Grün oder sonst irgendwem. Ich wünsche einen schönen Feierabend. Danke für die Aufmerksamkeit. Dieser Antrag wäre abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sind Sie wirklich schon fertig, Herr Kollege Lausch? – Sie haben jetzt 9 Minuten 55 Sekunden hergeschenkt.

(Heiterkeit)

Die Anträge, die eben diskutiert wurden, werden dann in der nächsten Plenarsitzung abgestimmt. Das sind die Anträge auf den Drucksachen 19/4114, 19/4115, 19/4146 und 19/4147.

Die heute nicht behandelten Dringlichkeitsanträge gehen an die Ausschüsse: Die Anträge auf den Drucksachen 19/4116, 19/4148, 19/4117 und 19/4118 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4119 mit 19/4121 werden in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Danke für die engagierte Debatte. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:03 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/4118**

Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen - Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Rene Dierkes**
Mitberichterstatter: **Martin Stock**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Rene Dierkes, Dieter Arnold und Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4118, 19/4841

Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen – Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheinen alle Fraktionen des Hauses zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und die nicht
einzelnen zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. Dezember 2024 betreffend
 1. Vf. 9-VIII-24 (vormals Vf. 5-VIII-18)
Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. Bayerische Staatsregierung
vom 26. März 2018/25. September 2021 über die Frage, ob
1. § 1 Nrn. 3 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren
Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388),
2. § 1 Nrn. 6, 8, 9 und 26 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen
Polizeirechts vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301) und
3. § 1 Nrn. 4, 7, 17 und 20 des Gesetzes zur Änderung des
Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom 23. Juli 2021
(GVBl. S. 418)
die Bayerische Verfassung verletzen.
 2. Vf. 10-VII-24 (vormals Vf. 7-VII-18)
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
der Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Art. 16 Abs. 2 Satz 1, Art. 17 Abs. 1
Nrn. 3 bis 5, Art. 20 Abs. 2, Art. 34 des Gesetzes über die Aufgaben und
Befugnisse der Bayerischen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der
Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397,
BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2024
(GVBl. S. 247) geändert worden ist.

3. Vf. 11-VIII-24 (vormals Vf. 10-VIII-18)

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

2. Bayerische Staatsregierung

vom 6. Juni 2018/28. September 2021 über die Frage, ob

1. § 1 Nr. 6 Buchst. d, Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12, 15 Buchst. a und b, Nr. 23

Buchst. b, Nr. 25 Buchst. b, c und e, Nrn. 27 bis 31, 34, 35 und 42 des

Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts

(PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301),

2. § 1 Nrn. 7, 18, 19 Buchst. a, Nrn. 21, 22, 27 und 31 des Gesetzes zur
Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom

23. Juli 2021 (GVBl. S. 418)

die Bayerische Verfassung verletzen.

4. Vf. 12-VIII-24 (vormals Vf. 16-VIII-18)

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin

BayernSPD-Landtagsfraktion

und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

2. Bayerische Staatsregierung

vom 5. September 2018/30. September 2021 über die Frage, ob

1. § 1 Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12 Buchst. b, Nrn. 15, 23, 25 Buchst. b und e,

Nrn. 27, 28 Buchst. a, c, e und f, Nrn. 29, 30 Buchst. b bis g, Nr. 31 Buchst.

b, c und e bis g, Nrn. 32, 33 Buchst. c, Nrn. 34, 35, 39 Buchst. c, Nr. 42

Buchst. d, Nr. 43 Buchst. a und b und Nr. 71 des Gesetzes zur Neuordnung

des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018

(GVBl. S. 301),

2. § 1 Nrn. 18, 19, 21 bis 29, 31, 34, 47 des Gesetzes zur Änderung des

Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom 23. Juli 2021

(GVBl. S. 418)

die Bayerische Verfassung verletzen.

Drs. 19/4819 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Peter Wachler bestimmt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



[ENTH]



Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag zum Hochwasserschutz im Donauried
Drs. 19/3867, 19/4868 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Waldumbau und waldangepasste Wildbestände –
in Zeiten der Klimakrise wichtiger denn je
Drs. 19/3887, 19/4866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Öltanks erfassen, Ölkatstrophen bei Starkregen
und Hochwasser vorbeugen!
Drs. 19/3895, 19/4869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

5. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bericht zu den Maßnahmen zur Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung
Drs. 19/3904, 19/4856 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Gezielt und sozial gerecht: Staffelung des Landespflegegeldes und Investitionen in die Pflegeinfrastruktur
Drs. 19/4078, 19/4862 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Katastrophenschutz zukunftsorientiert aufstellen – überörtliche Katastrophenschutzzlager jetzt einrichten!
Drs. 19/4093, 19/4794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Förderung von Klimaextremisten durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz darlegen
Drs. 19/4097, 19/4870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit bringen I
Drs. 19/4104, 19/4849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit bringen II
Drs. 19/4105, 19/4850 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen – Schutz der Bürger
vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung
Drs. 19/4118, 19/4841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD),
Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zeitgemäße Leistungserhebungen in bayerischen Schulen
Drs. 19/4151, 19/4857 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU Young Carer: Kinder und Jugendliche mit Sorgeverantwortung in Bayern Drs. 19/4169, 19/4863 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Jürgen Baumgärtner, Holger Dremel u.a. CSU Energieberater müssen Energieeffizienz-Nachweise für Bauanträge ausstellen dürfen!
Drs. 19/4197, 19/4867 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal I: Überprüfung aller Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug
Drs. 19/4251, 19/4842 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal II: Richtervorbehalt einführen
Drs. 19/4252, 19/4843 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal III: Lückenlose Dokumentation von Grundrechtseingriffen in Bayerischen Gefängnissen
Drs. 19/4253, 19/4846 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal IV: Rechtsschutz auch bei der Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen
Drs. 19/4254, 19/4844 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal V: Bessere Erfassung und Kontrolle von Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug
Drs. 19/4255, 19/4845 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal VI: Grundrechtssensible Ausstattung von besonders gesicherten Hafträumen
Drs. 19/4256, 19/4847 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal VII: Sicherstellung einer intensiven medizinischen und psychologischen Betreuung in Krisensituationen
Drs. 19/4257, 19/4848 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal VIII: Massiver Ausbau der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung im bayerischen Justizvollzug
Drs. 19/4258, 19/4878 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD) Zamperl und Co. sind keine Weihnachtsgeschenke: Aufklärungskampagne gegen Tiere unterm Weihnachtsbaum und mehr Unterstützung für die bayerischen Tierheime
Drs. 19/4317, 19/4871 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Daniel Artmann u.a. CSU Änderung der Voraussetzungen zur Bekämpfung der Stechmücke am Chiemsee
Drs. 19/4344, 19/4872 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen u.a. SPD Anhörung zur Novellierung des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern
Drs. 19/4347, 19/4877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kontinuität im bayerischen Wiesenbrüter- und Feldvogelschutz Drs. 19/4357, 19/4873 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) AfF für Finanzholding aus Bayern Heim, Stadibau und Siedlungswerk Nürnberg Drs. 19/4358, 19/4855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Weniger Sorgen und mehr konkrete Unterstützung für unsere „Young Carer“ Drs. 19/4359, 19/4864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bestehende gesetzliche Regelungen zum Walzverbot anpassen Drs. 19/4384, 19/4874 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU Evaluation der Auflagen durch das Volksbegehren Drs. 19/4385, 19/4875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD Die Gesundheit der Lehrkräfte an Bayerns Schulen sofort und umfassend schützen und stärken Drs. 19/4411, 19/4854 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD) Geldbußen gemäß Art. 119 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen rigoroser verhängen Drs. 19/4435, 19/4858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Verpflichtung für Fachfortbildungen von mindestens 30 Stunden pro Schuljahr für bayerische Lehrkräfte einführen
Drs. 19/4438, 19/4859 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaziele 2040 vor dem Aus - Bericht des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Drs. 19/4550, 19/4689

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

35. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Maul- und Klauenseuche in Brandenburg: Bayern muss jetzt handeln!
Drs. 19/4574, 19/4876

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

36. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzungsstand des Konzepts Katastrophenschutz Bayern 2025
Drs. 19/4171, 19/4610 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				